

# „Eine unentschuldbare Verfehlung im Amt“

Die Akte Johannes O.: Kirchenrechtler üben scharfe Kritik am Umgang des Kölner Erzbischofs mit einem Missbrauchsfall – Woelki verweist auf schwere Erkrankung des Täters

VON JOACHIM FRANK



Köln. Rainer Woelki ist ein „Mül-  
lerer Jung“. Der Erzbischof von  
Köln kam 1956 im Stadtteil Mül-  
heim zur Welt und wurde hier  
groß. Doch spätestens seit sei-  
nem Aufstieg zum Kardinal der  
katholischen Kirche im Jahr  
2012 glaubt man in Düsseldorf  
zu wissen, dass dort Woelkis ei-  
gentliche Wurzeln lägen. Tat-  
sächlich absolvierte Woelki auf  
seinem Weg zum Priestertum et-  
liche Etappen in der Landes-  
hauptstadt. Bereits 1983 kam er  
als Praktikant für mehrere Mo-  
nate in die Gemeinde St. Katha-  
rina in Düsseldorf-Gerresheim.  
Hier war Woelki dann auch nach  
seiner Diakonenweihe 1984 ein-  
gesetzt. Pfarrer war zu dieser  
Zeit der 1929 geborene Johannes  
O.

Ihm blieb Woelki auch nach  
seiner Priesterweihe 1985 über  
Jahrzehnte hinweg eng verbun-  
den. 1998 hielt er in der Jubilä-  
umsmesse zu O.s 40. Weihetag  
die Festpredigt. Um das Jahr  
2009, inzwischen war Woelki  
Weihbischof und für den Pasto-  
ralbezirk Nord mit den Groß-  
städten Düsseldorf und Wupper-  
tal zuständig, half er O. bei der  
Suche nach einem Platz in einem  
Altenheim. Im Februar 2012 war  
O. unter den Gästen, die Woelki  
zur Kardinalserhebung nach  
Rom begleiteten. Ein Foto von  
diesem bedeutenden Tag in  
Woelkis Leben zeigt O. auf ei-  
nem Empfang in der deutschen  
Vatikanbotschaft direkt neben  
dem frisch kreierten Kardinal.

Gern berichtet Woelki von  
seiner Zeit als angehender Prie-  
ster in Sankt Katharina. Von O.  
habe er die notwendige pastora-  
le Gelassenheit gelernt. Mit ei-  
nem Fingerzeig gen Himmel und  
dem rheinischen Spruch „Dat es  
jo och däm sing Kirch“ habe O.  
ihn dann und wann an die Gren-  
zen menschlichen Vermögens  
erinnert. Als Urtyp eines „rhei-  
nischen Pastors“ habe O. sein ei-  
genes Priesterbild mitgeformt  
und geprägt – an diese Erzäh-  
lungen erinnert man sich in der Um-  
gebung des Kardinals.

## Schweres Verbrechen

Pfarrer O. verbarg jedoch bis zu  
seinem Tod im Jahr 2017 ein  
schweres Verbrechen. Nur ei-  
nem kleinen Kreis von Kirchen-  
offiziellen in Köln wurde es 2010  
bekannt: Als in diesem Jahr der  
Missbrauchsskandal in der ka-  
tholischen Kirche hohe Wellen  
schlug, meldete sich ein Mann in  
den Dreißigern bei der damali-  
gen Ansprechpartnerin des Erz-  
bistums Köln für Fälle sexuellen  
Missbrauchs durch Priester. Zu-  
nächst anonym zeigte der Mann  
einen Geistlichen an, dessen Op-  
fer er Ende der 1970er Jahre ge-  
worden war. Später fasste der  
Mann Vertrauen und offenbarte  
sowohl die Identität des Täters  
als auch Einzelheiten zum Tat-  
hergang: Pfarrer O. hatte dem  
Kindergartenkind sexuelle Ge-  
walt zugefügt. Im staatlichen  
Strafrecht fällt die Tat, um die es  
geht, unter „schweren sexuellen  
Missbrauch von Kindern“, der  
laut Paragraph 176a des Straf-  
gesetzbuchs mit einer Freiheits-  
strafe von nicht unter zwei Jah-

ren und einer Höchststrafe von  
zehn Jahren geahndet wird.

Die Ansprechpartnerin leite-  
te ihre Aufzeichnungen zu dem  
Fall an den zuständigen Perso-  
nalchef Stefan Heße (seit 2015  
Erzbischof von Hamburg) wei-  
ter. Nach Prüfung des Falls  
sprach das Erzbistum dem Be-  
troffenen auf dessen Antrag vom  
26. März 2011 eine finanzielle  
Leistung „in Anerkennung des  
Leids“ von 15 000 Euro zu. Die  
Summe lag damit dreimal so  
hoch wie der damals übliche Be-  
trag von 5000 Euro. Das spricht  
dafür, dass sich die Verantwor-  
tlichen des Erzbistums der beson-  
deren Schwere des Falles be-  
wusst waren. Das Erzbistum teil-  
te auf Anfrage mit, der materiel-  
len Leistung sei „ohne weitere  
Prüfung des Sachverhalts statt-  
gegeben“ worden. Die Zahlung  
sei vor dem 1. Juni 2011 erfolgt.  
Auf Anfrage des „Kölner Stadt-  
Anzeiger“ bei Kardinal Woelki  
teilte die Pressestelle des Erzbi-  
stums mit, Heße habe den dama-  
ligen Weihbischof Woelki am  
1. Juni 2011 „allgemein mit dem  
Vorwurf konfrontiert“ und sich  
nach Pfarrer O.s Gesundheitszu-  
stand erkundigt. Woelki war in  
seiner Funktion für den Pasto-  
ralbezirk Nord zuständig, zu  
dem auch Düsseldorf gehört. Er  
habe Heße erwidert, dass O. in  
einer Senioreneinrichtung un-  
tergebracht gewesen sei und  
sich „in einem allgemein  
schlechten Gesundheitszu-  
stand“ befunden habe.

Nach den zwingend vorge-  
schriebenen kirchlichen Verfah-  
rensregeln muss Heße den da-  
maligen Erzbischof, Kardinal  
Joachim Meisner, und dessen  
Generalvikar Dominik Schwa-  
lerlapp (heute Weihbischof in  
Köln) über den Fall O. in Kennt-  
nis gesetzt haben. Das soll sich  
nach Informationen des „Kölner  
Stadt-Anzeiger“ auch aus den  
Akten ergeben, die das Erzbi-  
stum der Rechtsanwaltskanzlei  
des Kölner Strafrechtlers Björn  
Gercke zur Verfügung gestellt  
hat. Gercke hat den Auftrag, bis

März 2021 Woelki  
ein Ersatzgutach-  
ten zum Umgang  
der Kölner Bis-  
tumsleitungen  
mit Fällen sexu-  
ellen Miss-  
brauchs seit  
1975 anzuferti-  
gen. Eine voran-  
gegangene Ausar-  
beitung der Mün-  
chner Kanzlei West-  
pfahl Spilker Wastl ließ  
Kardinal Woelki im Okto-  
ber 2020 wegen angebli-  
cher Qualitätsmängel  
und rechtlicher Risiken  
unter Verschluss neh-  
men.

Im Fall O. hätte der  
2017 verstorbene  
Kardinal Meisner  
2011 eine kirchen-  
rechtliche Vorun-  
tersuchung einlei-  
ten und deren Er-  
gebnis nach Rom  
melden müssen.  
Ausweislich der  
Unterlagen  
scheint beides  
unterblieben zu  
sein, ebenso die  
Unterrichtung der  
Strafverfol-  
gungsbehörden  
über den – nach  
weltlichem  
Recht freilich  
verjährten – Fall.  
„Ein solches Un-  
terlassen stellt  
generell einen  
schwer wiegen-  
den Bruch universalkirch-  
lichen Rechts dar“, sagt der Tübin-  
ger Kirchenrechtsprofessor  
Bernhard Anuth. „Schon 2001  
hatte Papst Johannes Paul II. den  
Diözesanbischöfen die Ent-  
scheidungskompetenz bei sexu-  
ellem Missbrauch entzogen und  
gesetzlich verfügt, dass sie jeden  
Verdacht an die Glaubenskon-  
gregation melden müssen, die  
dann über das weitere Vorgehen  
entscheidet.“ Seit 2010 könnten

auch bereits verjährte Taten  
strafrechtlich noch verfolgt wer-  
den, so Anuth weiter. „Darüber  
hinaus hätte ein solches Vorge-  
hen gegen die erst wenige Mona-  
te zuvor revidierten Leitlinien  
der Deutschen Bischofskonfe-  
renz für den Umgang mit sexuel-  
lem Missbrauch verstoßen.“

Schwaderlapp ließ auf Anfra-  
ge des „Kölner Stadt-Anzeiger“  
durch die Pressestelle des Erz-  
bistums mitteilen: „Der Weihbi-  
schof möchte der unabhängigen  
Untersuchung nicht vorgreifen  
und wird sich deshalb im Vorfeld  
zu den damit in Zusammenhang  
stehenden Sachverhalten nicht  
äußern.“ In gleichem Sinne re-  
agierte auch Heße: Er beantwortete  
derzeit keine Fragen zu weiteren  
Einzelfällen, „um die neu aufge-  
legte Untersuchung im Erzbi-  
stum Köln nicht zu belasten“, so  
der Sprecher des Erzbischofs.

Heße hatte in einem Inter-  
view mit der „Zeit“-Beilage  
„Christ und Welt“ im September  
dieses Jahres angegeben, alle  
Fälle sexuellen Missbrauchs  
durch Priester des Erzbistums  
seien in der sogenannten Perso-  
nalkonferenz gemeinsam disku-  
tiert worden. Diesem Gremium  
gehören neben dem jeweiligen  
Erzbischof und seinem Genera-  
lvikar auch die Weihbischofe und  
weitere Bistumsfunktionäre an.  
Woelki und andere Würdenträ-  
ger bestreiten Heßes Darstel-  
lung: Derart heikle Angelegen-  
heiten wie Missbrauchsvorwür-  
fe habe Meisner stets nur im al-  
lerkleinsten Kreis besprochen.  
Hierzu zählt ganz gewiss der Ge-  
neralvikar, der als „Alter Ego“  
des Bischofs über alle relevanten  
Vorgänge im Bilde sein muss.

Zum Fall O. gab das Erzbistum  
an, Woelkis Erinnerung nach sei  
der Fall nicht Gegenstand der  
Beratungen in der Personalkon-  
ferenz gewesen.

Über Meisners Umgang mit  
Fällen von Missbrauch ist es seit  
2010 durchaus üblich, dass die  
Glaubenskongregation von der  
Verjährung derogiert, diese also

schwerwahrhaben. Erkannte es  
nicht ertragen, dass überhaupt  
Missbrauch in der Kirche statt-  
fand. Dazu kam die Angst vor  
der Öffentlichkeit. Für einen  
Personalchef, der ihm die Fälle  
vortragen musste, war das nicht  
so leicht.“

2014 wurde Rainer Woelki  
Meisners Nachfolger als Erzbi-  
schof von Köln. Bald nach sei-  
nem Amtsantritt ordnete er die  
Verfahrenswege bei Miss-  
brauchsfällen neu. Er ließ nach  
Bistumsangaben eine Übersicht  
über alle Kölner Priester erstel-  
len, die unter Missbrauchsver-  
dacht standen. Diese Liste, auf  
der Pfarrer O. verzeichnet war,  
sei dem Kardinal Anfang 2015  
erstmals vorgelegt worden. Da-  
raufhin habe dieser versucht,  
„den Tatvorwurf recherchieren  
zu lassen“. Dafür habe er sich  
die Personalakte vorlegen las-  
sen. Auf Nachfrage, ob Woelki  
auch die Interventionsakte her-  
angezogen habe, wollte sich das  
Erzbistum nicht äußern und  
verwies auf das Gutachten, das  
im März 2021 vorgelegt werden  
soll.

## Eidesstattliche Versicherung

Die Aufbewahrung sämtlicher  
einschlägiger Unterlagen oblag  
der im Juli 2015 eingerichteten  
Interventionsstelle. Dem „Köl-  
ner Stadt-Anzeiger“ liegt eine  
eidesstattliche Versicherung  
darüber vor, dass Woelki sich  
2015 von dort O.s Personal- und  
Interventionsakte habe kom-  
men lassen. Was in den Unterla-  
gen zu lesen war, hätte nach den  
päpstlichen Normen und den  
2013 nochmals verschärften  
Leitlinien der Bischofskonfe-  
renz wiederum zwingend zur  
Einleitung einer kirchenrecht-  
lichen Voruntersuchung führen  
müssen. Deren Ergebnisse hät-  
te Woelki dann nach Rom mel-  
den müssen.

„In solch schwer wiegenden  
Fällen von Missbrauch ist es seit  
2010 durchaus üblich, dass die  
Glaubenskongregation von der  
Verjährung derogiert, diese also

aufhebt, und einen kirchlichen  
Strafprozess in Gang setzt“, er-  
klärt der Tübinger Kirchen-  
rechtler Anuth. „Der zuständige  
Ortsbischof wäre aber auch be-  
fugt, von sich aus Sanktionen  
gegen den Täter zu verhängen.“  
Wiederholt schlug Woelki ge-  
nau diesen Weg ein, etwa im Fall  
des mehrfach einschlägig vor-  
bestraften, heute pflegebedürfti-  
gen Kölner Priesters Nikolaus  
A. oder des Ruhestandsgeistli-  
chen H.-J. F., über den in dieser  
Woche erstmals berichtet wur-  
de. Beiden verbot der Kardinal  
die Ausübung des Priesterramts  
und leitete jeweils die vorge-  
schriebenen Ermittlungen mit  
Meldung der Ergebnisse nach  
Rom ein.

Im Fall O. hingegen geschah  
nichts dergleichen. Laut der  
Schilderung eines mit dem Vor-  
gang Befassten verfügte Woelki  
2015 knapp, dass mit Blick auf  
O.s vorgerücktes Alter und den  
Gesundheitszustand des da-  
mals Mitte 80-Jährigen auf eine  
Voruntersuchung verzichtet  
werde. Auch zu anderen Sank-  
tionen kam es ganz offensicht-  
lich nicht. Der Täter blieb somit  
bis zu seinem Tod im Oktober  
2017 unbehelligt, sein Verbre-  
chen ungesühnt.

Das Erzbistum argumentiert  
mit Blick auf Meisners Amts-  
zeit, in 2011 hätten O.s Gesun-  
heitszustand und der Wunsch  
des Opfers dazu geführt, dass O.  
„mit dem Vorwurf nicht kon-  
frontiert wurde“. Im Fall O. hin-  
gegen geschah nichts dergleichen.  
Laut der Schilderung eines mit dem  
Vorgang Befassten verfügte Woelki  
2015 knapp, dass mit Blick auf  
O.s vorgerücktes Alter und den  
Gesundheitszustand des da-  
mals Mitte 80-Jährigen auf eine  
Voruntersuchung verzichtet  
werde. Auch zu anderen Sank-  
tionen kam es ganz offensicht-  
lich nicht. Der Täter blieb somit  
bis zu seinem Tod im Oktober  
2017 unbehelligt, sein Verbre-  
chen ungesühnt.

## Offenbar hat Kardinal Woelki dem Täterschutz den Vorrang gegeben

Bernhard Anuth,  
Kirchenrechtsprofessor



Erzbischof Rainer Maria Woelki (r.) nimmt 2014 von seinem Vor-  
gänger Kardinal Joachim Meisner den Petrusstab entgegen.

wesen seien.

Wie Bernhard Anuth erläu-  
tert, ist der Ortsbischof aber  
prinzipiell nicht befugt, Milde  
walten zu lassen, um einem äl-  
teren, gebrechlichen Geistli-  
chen – wie im Fall O. – ein kirch-  
liches Verfahren zu ersparen.  
„Zur Durchführung einer kano-  
nischen Voruntersuchung war  
Woelki kirchenrechtlich ebenso  
verpflichtet wie zur Weiterlei-  
tung des Ergebnisses nach Rom,  
und sei dieses auch ergebnislos  
oder die Faktenlage noch so  
fragmentarisch“, erklärt Anuth.  
Die Entscheidung, ob ein kirch-  
liches Strafverfahren eingelei-  
tet wird oder nicht, stehe allein  
der Glaubenskongregation in  
Rom zu. Das Kirchenrecht lege  
überdies nirgends fest, dass der  
Beschuldigte zwingend gehört  
werden müsse und eine Vorun-  
tersuchung ansonsten unmög-  
lich sei. „Im konkreten Fall wäre  
der Meldung an die Glaubens-  
kongregation durch Kardinal  
Woelki schlicht die Information  
beizufügen gewesen, dass man  
den Beschuldigten nicht mehr  
anhören konnte.“ Zumindest  
als Teil-Ersatz, so Anuth weiter,  
hätten Personen aus seinem da-  
maligen Umfeld befragt werden  
können. „Die Unmöglichkeit-

Behauptung trifft kirchenrecht-  
lich jedenfalls nicht zu.“ Mit  
dem beschriebenen Verhalten  
habe Kardinal Woelki „offenbar  
dem Täterschutz den Vorrang  
gegeben und sich selbst als Erz-  
bischof einen öffentlichen  
Skandal erspart. Demgegen-  
über waren die Gerechtigkeit  
für den Betroffenen wie auch die  
Einhaltung kirchlichen Rechts  
augenscheinlich nachrangig.“

Anuths Münsteraner Kollege  
Thomas Schüller wird noch  
deutlicher. „Nach der Beauftra-  
gung eines Missbrauchsgutach-  
tens im Jahr 2018 hat Kardinal  
Woelki gesagt: Sollte sich her-  
ausstellen, dass man ihm eine  
Beteiligung an der Vertuschung  
von Missbrauch nachweisen  
könne, dann werde das Kölner  
Domkapitel eben einen neuen  
Erzbischof wählen müssen. Der  
Kardinal muss sich fragen las-  
sen, ob dieser Punkt nicht ge-  
kommen ist. So wie das Erzbi-  
stum selbst die Abläufe und Ent-  
scheidungen Woelkis darstellt,  
war das eine unentschuldbare  
Verfehlung im Amt“, so Schül-  
ler.

Von Rechts wegen liegt die  
Verantwortung für die nächsten  
Schritte nun beim Münsteraner  
Bischof Felix Genn. Ein Erlass  
von Papst Franziskus aus dem  
Jahr 2019 sieht vor, dass er als  
dienstältester Bischof der Köl-  
ner Kirchenprovinz gegen  
Woelki als Erzbischof und Me-  
tropolit (Vorsteher der Kirchen-  
provinz) ermittelt muss, wenn  
diesem Verhaltensweisen vor-  
geworfen werden, die – so der  
Erlass – „darauf gerichtet sind,  
die zivilen Untersuchungen  
oder kirchenrechtlichen Unter-  
suchungen verwaltungsmäßig-  
er oder strafrechtlicher Natur  
gegenüber einem Kleriker zu  
beeinflussen oder zu umge-  
hen“, sprich: Missbrauch zu  
vertuschen. Bischöfen, die sich  
solch einer besonders schweren  
Verletzung ihrer Amtspflichten  
schuldig machen, droht seit  
2016 die Absetzung durch den  
Papst.

## Chronik eines Skandals

Wie Bischofskonferenz und Erzbistum die  
Missbrauchsfälle  
aufgearbeitet haben

### 25. September 2018:

Die Deutsche Bischofskonferenz  
stellt eine bundesweite Studie  
zu Missbrauch an Minderjähri-  
gen durch katholische Geistliche  
vor. In den untersuchten Kir-  
chenakten von 1946 bis ins Jahr  
2014 fanden die Autoren der Stu-  
die Hinweise auf bundesweit  
3677 Betroffene sexueller Über-  
griffe und 1670 beschuldigte  
Priester, Diakone und Ordens-  
leute. Im Erzbistum Köln ver-  
zeichnen sie mindestens 135 Be-  
troffene und 87 beschuldigte  
Priester.

### 13. Dezember 2018:

Der Kölner Kardinal Rainer Ma-  
ria Woelki beauftragt die  
Münchner Kanzlei Westpfahl  
Spilker Wastl (WSW) mit einem  
Gutachten, das klären soll, ob die  
Diözesanverantwortlichen in  
Köln bei Missbrauchsfällen im  
Einklang mit kirchlichem und  
staatlichem Recht handelten  
und ob deren Vorgehensweise  
dem kirchlichen Selbstverständ-  
nis entsprach. Rechtsverstöße  
und hierfür Verantwortliche sei-  
en möglichst konkret zu benen-  
nen, so der Auftrag.

### 10. März 2020:

Das Erzbistum sagt die für den  
12. März 2020 geplante Vorstel-  
lung des Gutachtens übertra-  
gend ab. Begründung: Die vor-  
gesehene Nennung von Verant-  
wortlichen müsse noch „äußer-  
ungsrechtlich“ abgesichert wer-  
den. Befürchtet werden Rechts-  
streitigkeiten mit ehemaligen  
oder aktiven Entscheidungsträ-  
gern.

### 23. September 2020:

Vorwürfe gegen den heutigen  
Hamburger Erzbischof Stefan  
Heße werden bekannt, nach de-  
nen er in seiner Zeit als Perso-  
nalchef im Erzbistum Köln Fälle von  
sexuellem Missbrauch vertuscht  
haben soll. Die „Zeit“-Beilage  
„Christ&Welt“ veröffentlicht  
Teile des WSW-Gutachtens, in  
denen Stefan Heße eine „indiffe-  
rente“ und „von fehlendem  
Problembewusstsein“ geprägte  
Haltung gegenüber dem Miss-  
brauch Minderjähriger durch  
Kleriker vorgeworfen wird. Heße  
weist die Anschuldigungen zu-  
rück.

### 30. Oktober 2020:

Das Erzbistum Köln teilt mit,  
dass das WSW-Gutachten nicht  
veröffentlicht werden soll. Da-  
bei beruft es sich auf andere Gut-  
achter wie den Kölner Straf-  
rechtler Björn Gercke, wonach  
die Untersuchung „methodische  
Mängel“ enthalte. Gercke habe  
den Auftrag für ein neues Gut-  
achten bekommen, das spätes-  
tens am 18. März 2021 veröffent-  
licht werden soll.

### 18. November 2020:

Die inzwischen zurückgetre-  
tenen Sprecher des Betroffenen-  
beirats im Erzbistum Köln, Pat-  
rick Bauer und Karl Hauke, wer-  
fen Woelki in einem Zeitungs-  
beitrag „erneuten Missbrauch  
von Missbrauchsoffern“ vor.  
Die Zustimmung des Gremiums  
zur abgeigten Veröffentlichung  
des WSW-Gutachtens sei  
unter Druck gefallen und der Rat  
damit „völlig überrannt“ wor-  
den. (kna)